

Aalener Jahrbuch

2002-04

Themenschwerpunkt:
Grundlagen und
Entwicklung des
Nationalsozialismus
in Aalen
1923 – 1934

Geschichts- und
Altertumsverein Aalen e.V.
Bearbeitet von Roland Schurig

Mietshäuser auf der Schillerhöhe?

Wie die Rettung des Aalener Kastellgeländes gelang*

Die Wohnungsnot und der Flüchtlingsstrom hatten auch in Aalen nicht nur zu großer Bevölkerungszunahme, sondern auch zu einer drückenden Wohnungsnot und zu bedeutender Bautätigkeit geführt. So geriet auch das Gelände des Römer-Kastells neben dem St.-Johann-Friedhof in die Bauplanungen der Stadt Aalen, das infolge besonders glücklicher Umstände bisher noch nicht von der baulichen Entwicklung Aalens erreicht war. So beschäftigte sich die Stadt Aalen schon 1953 mit der Frage, ob dieses Gelände mit Mietwohnungen überbaut werden könnte. Da man wusste, dass unter diesem Gelände sich die Reste des sehr grossen Römer-Kastelles befanden und auch die Ausgrabungsbefunde – insbesondere von Steimle – darüber Nachricht gegeben hatten, wandte sich Oberbürgermeister Dr. Schübel an den Leiter des Landesdenkmalamtes, Professor Dr. Paret, um die Frage zu prüfen.

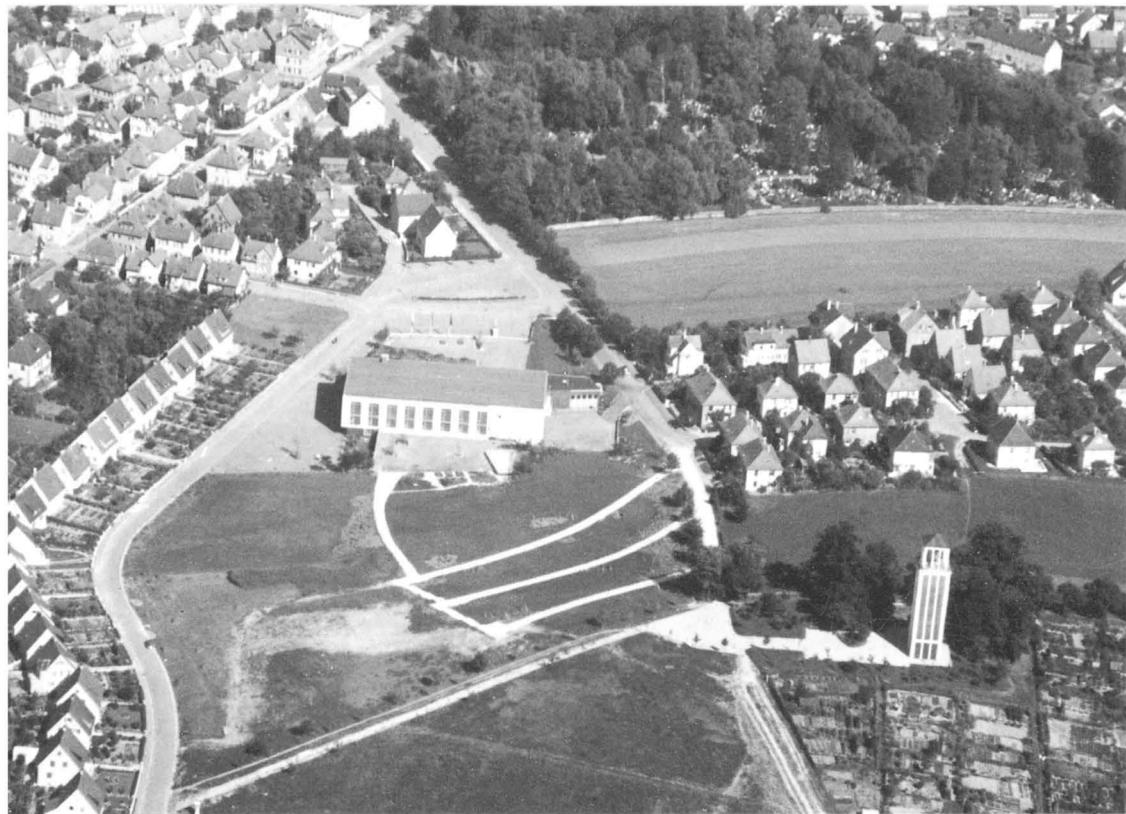
In der Gemeinderatssitzung vom 25. März 1954 berichtete OB Dr. Schübel von diesen Verhandlungen mit Prof. Paret und auch von dessen Antwort, wonach von wissenschaftlicher Seite eine Freilegung des Kastell-Geländes nicht zu verantworten wäre. Prof. Paret habe sich dafür ausgesprochen, die Anlagen des Kastells durch Bepflanzung von Bäumen und Hecken sowie durch Tafeln zu bezeichnen.

Die Städtischen Baubehörden erarbeiteten deshalb intern Baupläne für die Bebauung des Kastell-Geländes in Aalen, soweit es noch nicht durch den St.-Johann-Friedhof in Anspruch genommen worden war. Diese Pläne wurden zunächst dem Wirtschaftsausschuss des Gemeinderates Aalen vorgelegt und dort ohne besondere Einwendungen angenommen.

Als Beschluss des für Baufragen zuständigen Wirtschaftsausschusses wurde diese Angelegenheit zur Genehmigung dem Plenum des Gemeinderates in seiner Sitzung am 1. Juli 1954 vorgelegt. Ich gehörte nicht dem Wirtschaftsausschuss an, sondern dem Verwaltungsausschuss des Gemeinderates und sah deshalb am 1. Juli zum ersten Male diese Pläne. Ich war entsetzt, dass man hier mit Baggern und Bulldozern das Kastell-Gelände umpflügen wollte, um eine Reihe von Mietskasernen zu erstellen. Es ging nämlich nicht um Einzelbebauung.

Kreisarchivar Bernhard Hildebrand, in Aalen geboren und als Heimatforscher ausgewiesen, berichtete mir als Verleger der Schwäbischen Post über die sich anbahnende Entwicklung. Ich selbst war ein „Neubürger“, erst seit 1950 in Aalen ansässig, und deshalb auch über die sachliche Information soweit sie die römische Geschichte Aalens betraf, und die präzise Lokalisierung, die ja jeder Neubürger irgendwann einmal erfahren muss, sehr dankbar. Es erschien mir geboten, das Problem in der Öffentlichkeit aufzugreifen, um einer Überraschung auch im Gemeinderat vorzubeugen, wo sicherlich ebenfalls die Kenntnis der römischen Vergangenheit nicht sehr ausgeprägt vorhanden war. Außerdem war zu erwarten, dass

* Dr. Konrad Theiss war als Verleger und Herausgeber der Tageszeitung „Schwäbische Post“ und als Mitglied des Gemeinderats der Stadt Aalen von 1950 – 1962 teilweise Vorsitzender der CDU-Fraktion und erster Stellvertreter des Oberbürgermeisters im Gemeinderat. 1959 – 1972 war er Vorsitzender der CDU-Fraktion im Kreistages für den Landkreis Aalen und von 1946 - 1950 Mitglied des ersten Württemberg-Badischen Landtags.



*Blick auf das Mahnmal, die
Stadthalle und den St.
Johann-Friedhof aus
Richtung Westen.*

durch ein falsches Hochspielen des sozialen Momentes der Wohnungsnot die ganze Angelegenheit auf ein falsches Gleis geschoben werden könnte (natürlich benötigte die Stadt Aalen Bauplätze und Baugelände und sie hat tatsächlich seit 1954 eine grosse Anzahl von Hektaren Bauland für ganze Stadtviertel bereitstellen können, ohne das Kastellgelände zu gefährden). Doch war es schwierig, gegen eine solche Begründung öffentlich vorzugehen.

Für die Vertretung dieses Anliegens stellte ich Herrn Bernhard Hildebrand die „Schwäbische Post“ zur Verfügung. Am 9. März 1954 erschien hier ein Artikel unter der Überschrift „Aalen hat eine Chance zu wahren“. Er stellte unter Bezugnahme auf eine Äußerung von Prof. Dr. Bittel das Problem des Römer-Kastells in Aalen dar und entwickelte den Vorschlag, auf diesem Platze eine Anlage zu schaffen, welche die römische Vergangenheit deutlich darstellen könnte.

Darauf erfolgten eine Reihe von Leserbriefen, so am 12. März 1954 von einem Herrn M. von Gleich, der den Plan als reichlich kitschig bezeichnete und mit dem „Karl May-Museum“ verglich.

Bernhard Hildebrand rückte die Meinung des Leserbriefes ins rechte Licht. Immerhin schien der Artikel vom 9. März 1954 die Stadtverwaltung in Bewegung gesetzt zu haben. Denn unter der Hand tauchten Abschriften eines Briefes des Württ. Landesamtes für Denkmalpflege - Abt. Bodendenkmalpflege - unterzeichnet von Prof. Dr. Paret auf. In diesem Brief an Herrn Oberbürgermeister wandte sich Prof. Paret eindeutig gegen einen Wiederaufbau des Gebäudes des Pratoriums, er sagte, das Kastell sei

schon gründlich zerstört. Es habe als Steinbruch über Jahrhunderte gedient. Die Kommission (Limes-Kommission von Steimle) habe nun durch die Aufdeckung auch noch die Reste zerstört. Er sprach von einem Phantasie-Bau, der sich nicht verantworten ließe, zumal inzwischen viel Material abgeschwemmt worden sei. Er wiederholte einen „schon früher gemachten Vorschlag“, die Umfassungsmauer des Kastells durch Bepflanzung mit Hecken und Bäumen und durch Inschriftstafeln oder Steine zu bezeichnen.

Damit war der Bebauung des Kastell-Geländes durch die zuständige Stelle von Seiten der Denkmalpflege eigentlich freie Hand gegeben. Am 25. März 1954 gab OB Dr. Schübel diesen Brief dem Inhalt nach dem Gemeinderat bekannt und betrachtete ihn als Antwort der Stadt auf den Artikel von Hildebrand in der Schwäbischen Post vom 9. März 1954.

Der Bebauungsplan wurde nun in der Sitzung des Gemeinderates vom 1. Juli 1954 vorgelegt. Wer die gemeinderätliche Praxis in Aalen kannte, wusste, dass es fast unmöglich war, den Beschluss des Wirtschaftsausschusses irgendwie zu ändern, zumal er vom Denkmalamt praktisch gestützt wurde. Die Schwäbische Post griff in einem Artikel von BH (Bernhard Hildebrand) vom 5. Juni das Thema „Ausgrabungen am Römer-Kastell auf den Maueräckern“ noch einmal auf.

Als in der Gemeinderatssitzung von Aalen am 1. Juli 1954 der Bebauungsvorschlag für das Gebiet zwischen Schillerhöhe und St. Johann-Friedhof auf die Tagesordnung kam, erhob ich in meiner Funktion als Stadtrat sofort Einspruch und legte in längeren Ausführungen dar, dass durch eine Bebauung dieses Geländes die noch vorhandenen Reste des Aalener Römer-Kastells endgültig zerstört würden. Wie nur wenige Städte könnte Aalen auf die Reste einer Geschichte von 1800 Jahren zurückweisen. Wenn auch jetzt niemand an eine Ausgrabung denken könne, so sollte doch die Möglichkeit für die Zukunft nicht verbaut werden, zumal unsere Heimatstadt nur über wenig Sehenswertes verfüge. Ich schlug deshalb vor, eine Untersuchungs-Kommission zu bilden, dieser sollte je ein Vertreter der Fraktionen und des Landesamtes für Denkmalspflege, der Stadtarchivar und die einheimischen Sachverständigen Theurer und Bernhard Hildebrand angehören.

Dieser Antrag, der praktisch auf eine Vertagung der Beratung über die Bebauung des Kastell-Geländes hinauslief, wurde angenommen. Und damit war die Angelegenheit zunächst einmal gerettet.

Natürlich gaben die Anhänger des Bebauungsplatzes so schnell nicht auf. Hatte sich bisher die Schwäbische Post eindeutig für die Erhaltung des Römer-Kastell-Geländes ausgesprochen, so bezog schon aus nageliegenden Gründen die „Ipf- und Jagstzeitung/Aalener Volkszeitung“ aus Ellwangen eine andere Position. Am 2. August 1954 - also etwa 4 Wochen

nach der Gemeinderatssitzung vom 1. Juli 1954 - monierte sie schon in einem längeren Artikel „Was wird aus der Bebauung der Schillerhöhe?!“ Ihr konnte es mit dem Einsatz der Bagger offenbar nicht schnell genug gehen und sie zitierte als Zeugen das Landesdenkmalamt: „Die Auffassung des Landesamtes für Denkmalspflege in dieser Frage geht aus einem Schreiben hervor, das an uns dieser Tage übersandt wurde. In ihm heißt es: „Aalen ist einer der ganz wenigen Orte im Land, wo der Kastellplatz noch einigermaßen übersehbar frei liegt und wo auch die Möglichkeit bestünde, diesen Platz als historischen Ort, der ja nicht nur von lokalem Interesse ist, zu erhalten. Er würde uns geeignet erscheinen, diesen Platz in eine Anlage umzugestalten, die Kastell-Grenzen durch Bäume oder Hecken zu markieren und vielleicht eine große Steintafel mit eingemeißeltem Plan des Kastells anzubringen. Unser Amt wird jedenfalls alle Bemühungen unterstützen, die darauf abzielen, den Kastell-Platz zu erhalten und nicht zu überbauen.“

In den weiteren Ausführungen erklärt die IpF- und Jagstzeitung: „Die hier angesprochene Markierung wird, wie gesagt, nicht einfach sein, weil das Gesamtbild des Kastells bereits zerstört ist [...]. Größere Beträge für Ausgrabungen zu verwenden, scheint auf alle Fälle nicht angebracht zu sein.“

Damit war das Problem Römer- Kastell in die öffentliche Diskussion der Presse geraten, denn die IpF- und Jagstzeitung schrieb am 27. August in einem weiteren Artikel: „Ohne viel Baukosten zu verursachen, wäre der geschichtlichen Erinnerung Rechnung getragen, wenn man mit einem kleinen Bau, den man etwa mit einer Wartehalle vergleichen könne in Schaukästen und Großfotos dem Besucher ein Bild vom einstigen Aalener Kastell vermitteln könnte.“ Inzwischen hatte sich die Landespresse dieses Problems angenommen. In der „Stuttgarter Zeitung“ erschien am 2. Oktober 1954 unter der Überschrift „Ein römisches Kastell als Bauplatz?“ - Untertitel: „In Aalen geht es um die Erhaltung eines interessanten frühgeschichtlichen Baudenkmals“ - eine Stellungnahme veröffentlicht, die zu dem Schluss kam: „[...] vielleicht zeigt eine spätere Generation mehr Aufgeschlossenheit für die Pflege unserer Kulturgüter, als unsere rationalistische Zeit zu zeigen vermag. Die Söhne würden dann die Väter kaum verstehen, dass sie um eines augenblicklichen Vorteils willen, einen historisch so interessanten Platz wie den des Aalener Kastells verbaut haben.“

Die Redaktion der Stuttgarter Zeitung bedankte sich am 5. Oktober 1954 bei Bernhard Hildebrand, Redaktion der Schwäbischen Post in Aalen, für die in dieser Frage gegebene Unterrichtung.

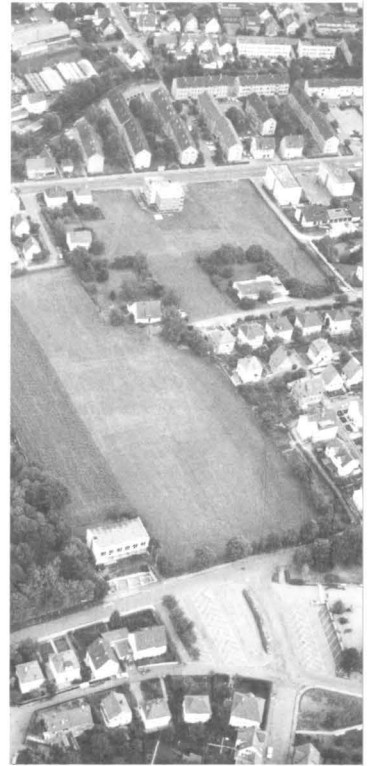
Am 12. Oktober 1954 lud das Bürgermeisteramt Aalen die bestellten ordentlichen Mitglieder und Stellvertreter der Kommission, die sich mit der Kastellfrage befassen sollte, zu einer Sitzung auf 20. Oktober ein.

Aus dem Text der Einladung ergab sich, dass die Stadtverwaltung nach wie vor die Bebauung des Geländes plante. Der Betreff lautete: „Frage der Bebauung des Geländes des Römer-Kastells“. Im Text wurde als Meinung des Gemeinderates in der Sitzung vom 1. Juli 1954 angegeben, „dass die Frage der Gestaltung des Geländes“ beraten werden solle. Um dem hier erkennbaren Missverständnis zu begegnen - sofern es sich um ein Missverständnis handelte - veröffentlichte ich unter meinem Namen am 16. Oktober in der Samstagsausgabe der Schwäbischen Post einen längeren Artikel unter der Überschrift: „Die Ala II Flavia im Römer-Kastell zu Aalen - Das größte römische Denkmal im südwestdeutschen Raum - ein Stern im Baedeker“.

Nach der Frage, „ob wir diesen historischen Platz mit Baggern und Bulldozern angehen und die Reste des Aalener Römer-Kastells ein für allemal zerstören wollen?!“ forderte ich, dass „in dieser ganzen (neben der Johanneskirche, dem Mahnmal und der Festhalle) geplanten und begonnenen Anlage zur Verschönerung unserer Stadt auch das Römer-Kastell als Stätte geschichtlicher Erinnerung seinen Platz haben [sollte] - zur Stärkung des Geschichtsbewusstseins, der Ehrfurcht vor dem Erbe der abendländischen Vergangenheit und als Ansporn, den geistigen Aufgaben der Gegenwart zu genügen. Denn der Mensch lebt nicht vom Brot allein.“

Die Besprechung des Sachverständigen-Ausschusses vom 20. Oktober 1954 klärte die Frage des Römer-Kastells in Aalen endgültig. Sie erarbeitete Empfehlungen an den Gemeinderat, in denen nicht mehr von einer Bebauung des Kastell-Geländes die Rede war. Dabei unterstrich ich nachdrücklich die Pflege des Geschichtsbewusstseins: „es genügt nicht, auszugraben, sondern man muss die Geschichte anschaulich machen und eine solche geschichtliche Stätte auch pflegen.“ Anschließend begab sich die Kommission an Ort und Stelle, um dort durch eine Besichtigung die ganze Frage einer Klärung zuzuführen. Anschließend schloss sich die Kommission weitgehend dem Vorschlag an, der darauf abzielte, das Fahnenheiligtum - als einstöckigen Bau wieder zu erstellen und darin ein kleines römisches Museum einzurichten. Außerdem wurde eine Besichtigungsreise des Gemeinderates zur Saalburg beschlossen. Professor Paret sollte mit Prof. Dr. Leo zusammen einen Entwurf ausarbeiten für ein solche Museum und das Stadtbauamt sollte beauftragt werden, einen Kostenvoranschlag aufzustellen. Eine etappenweise Durchführung wurde erwogen.

Damit war das Gelände des Römer-Kastells vor der Zerstörung durch Baumaschinen gerettet. Es wurde durch Tafeln markiert. Auf bessere Zeiten konnte nun gewartet werden. Die Richtigkeit dieser Entscheidung erwies sich schon im Januar 1961. In dem „Halbjahresbericht der Landesregierung zu verschiedenen Beschlüssen des Landtages“ wurde zu



*Die erste Etappe ist geschafft!
Das neue Limesmuseum
nach seiner Eröffnung 1964.*

dem Beschluss des Landtags vom 24. Februar 1960 erwähnt, dass das Württ. Landesmuseum ein Zweigmuseum in Aalen plane.

In Aalen wurde es mit großer Freude begrüßt, dass der kulturpolitische Ausschuss des Landtages eigens zu einer Sondersitzung an den Kocher gekommen war, um die Frage eines Limes-Museums und einer Ingenieurschule an Ort und Stelle zu beraten.

Dieser Tag wurde in der Schwäbischen Post am 7. März 1961 als ein „denkwürdiger Tag“ von mir gewürdigt, zumal auch die Beratung durch die Anwesenheit des Kultusminister Dr. Storz ihre Bedeutung bekommen hatte. Der Landtag stimmte diesem Beschluss des kulturpolitischen Ausschusses wenige Tage später zu.

Damit ist die Frage über die Entwicklung des Kastell-Geländes in Aalen beantwortet. Die Schwäbische Post würdigte in ihrer Nummer vom 27. April 1961 das Limes-Museum mit einer Sonderseite, bei der die Gedanken über den Sinn einer solchen Einrichtung in der Kreisstadt Aalen von Bernhard Hildebrand dargelegt wurden.

Die Bauarbeiten des Limes-Museums gingen rasch voran, nachdem der Aalener Gemeinderat die Pläne schon am 25. Mai 1961 genehmigt hatte. Über die Ausgrabungen im Kastell-Gelände berichtete die Schwäbische Post am 13. Oktober 1961, und dass das Ergebnis die Erwartungen übertraffen habe. Am 6. Juni 1964 konnte die Schwäbische Post den Schlusstrich ziehen und berichten, dass das Limes-Museum Aalen durch Kultusminister Dr. Storz eröffnet sei. Der Vorgang wurde als „ein denkwürdiges Ereignis für Stadt und Land“ bezeichnet.

In den gegenseitigen Dank für dieses Ereignis, das für die Stadt Aalen wahrhaft denkwürdig ist, teilten sich viele. Dabei war vergessen worden, dass um ein Haar das ganze Kastell-Gelände durch Bagger und Lkws zerstört worden wäre, wenn nicht Kreisarchivar Bernhard Hildebrand rechtzeitig die Augen offen und den Mut im Herzen gehabt hätte, einem solchen Vorhaben zu widerstehen, das schon vom Wirtschaftsausschuss des Gemeinderates verabschiedet und von den Behörden geplant war. So sei sein Verdienst um diese Sache an dieser Stelle von einem Beteiligten nachgeholt.

K. Theiss sen.